

Herr Knülle begrüßte die Vertreter der RSAG und übergab das Wort zwecks Einleitung an den Vertreter der Verwaltung.

Herr Gleß freute sich über den TOP und erinnerte an den Sommer letzten Jahres, als man die Rahmenplanung für den Deponiestandort vorgestellt habe. Man habe damals nicht nur die Rahmenplanung gemeinsam erstellt, man habe nicht nur ein Communiqué unterschreiben lassen sondern man komme jetzt an einen Punkt wo auch Taten folgen werden und man freue sich darüber, dass dieses Konzept von damals jetzt sehr stark, auch unter städtischer Beteiligung, verfeinert worden ist. Man habe es mit meinen Nutzungskonzept zu tun, welches bezogen auf die Rahmenplanung, endlich die erforderliche Tiefenschärfe erreicht hat. Man mache die Rahmenpläne ja nicht um sie in einer Schublade verschwinden zu lassen, man wolle ja auch zusehen, dass man das, was dort in der Vergangenheit realisiert worden ist und das, was weiter realisiert werden soll auch in die Tat umgesetzt werde. Man wolle der Bürgerschaft etwas zurückgeben, was ihr in der Vergangenheit ein Stückweit genommen worden ist. Nämlich eine vernünftig gestaltete Landschaft die für die Bürger nutzbar ist. Dies ist im Moment noch nicht der Fall und RSAG und Stadtverwaltung haben sich auf die Fahne geschrieben dem Bürgern wieder was zurückzugeben. Das Nutzungskonzept bietet die geforderte Tiefenschärfe und Herr Spahn wird uns dies jetzt in einem Vortrag vorstellen.

Herr Spahn stellte das Nutzungskonzept mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation vor.
(Präsentation im Anhang)

Herr Knülle bedankte sich für den Vortrag und gab die Diskussion frei.

Herr Puffe von der CDU bedankte sich ebenfalls für die Präsentation und erinnerte an den langen Prozess den man gemeinsam bestritten habe. Er finde in dem Vortrag sehr viel wieder, was in den Arbeitsgruppen besprochen wurde. Die Möglichkeit den Bürgern gerade im Umfeld etwas zurück zu geben. Man wolle wissen, wie der weitere Ablauf bzw. wie die weiteren konkreten Planungsschritte sind. Es wurde in der Ampelschematik dargestellt, welche Projekte sehr konkret sind, welche weiter verfolgt werden und wo es evtl. stockt.

Es war der Wunsch aller, die Hochschule mit dem Bereich Forschung in dem Projekt unterzubringen und die Frage sei, ob seitens der Schule kein Interesse bestand oder ob dies nicht weiter verfolgt werden konnte weil es nicht in den Kriterienkatalog gepasst habe. Gleiches gilt für die EVG, wie da die Gespräche gelaufen sind, da man sie auch nicht wiedergefunden habe. Herr Puffe bat darum, die Unterlagen auch für die Fraktionen bekommen zu können da es noch viel zu beraten gäbe.

Herr Seifen von der SPD bedankte sich auch für den Vortrag und schloss sich der Meinung des Vorredners an, dass man ganz viel von dem was besprochen wurde in dem Konzept wiederfinden würde. Beim Thema Hochschule und EVG ist es schade, dass es nicht drin vorkommt. Eine Nachfrage gäbe es zum Thema Radweg, dieser sei eingezeichnet gewesen aber dazu sei nichts gesagt worden. Evtl. würde man dazu ja noch was hören und man hätte gerne gewusst, ob es im gewerblich betriebenen Outdoorpark noch ein Stück Freifläche geben wird, die generell öffentlich zugänglich ist. Dies sei immerhin ein Gebiet wo man durchaus auch mal Silvester das Feuerwerk gucken könne und wenn so eine Fläche dort geschaffen würde wäre dies sehr schön.

Herr Metz von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bedankte sich für den Vortrag und die Schwerpunktsetzung im Bereich Energie würde ihnen sehr gut gefallen. Die Pelletanlage, die Freiflächen und Photovoltaik sei auf einem Deponiegelände durchaus eine adequate Nutzung. Man würde sich allerdings auch wünschen, dass die EVG als lokaler Anbieter in den weiteren Konkretisierungen berücksichtigt und auch mit einbezogen wird. Die Freizeitnutzung würde auch begrüßt, insbesondere was das Thema Fahrradfahren und Mountainbike angeht. Die Nachfrage sei da und das Gelände sei dafür gut geeignet. Man habe noch bedenken bei der großen Informations- und Kommunikationsfläche. Auf der einen Seite sei sie wünschenswert, weil sie einen gewissen entfaltungsspielraum schafft, auf der anderen Seite darf man natürlich, weil sie auch sehr am Rand des Gebietes und nah an der Autobahn ist, befürchten, dass sie zu groß und zu öde ist. In Brilon habe er mal sowas erleben dürfen, mit Aussichtsbereich usw. und es war nicht gerade ein tolles Erlebnis was viele Menschen in Anspruch nehmen würden. Man ginge halt mal dahin aber wenn es kein Ort sei, an dem man lange verweilen wolle, gäbe es auch schnell Vandalismus und nach ein paar Jahren sieht das Ganze dann nicht mehr so schön aus. Evtl. sollte man nochmal überlegen was man dort noch machen könnte.

Beim Radweg sei ein Knick eingezeichnet und vor dem Hintergrund, dass das einer der Hauptradwege zwischen Hennef und Sankt Augustin sein könnte, sei dies unglaublich schlecht. Man würde sich eher eine grade komfortable Führung wünschen und keine 90 Grad Kurven, die man auf der Straße auch nicht plane. Die Breite wäre noch von Interesse und ein weiterer Punkt der noch nicht besprochen wurde sei die Biotopvernetzung. Im Ergebnis der Moderationsprozesse wurde der Biotopvernetzung ausgehend von der Tongrube in Richtung Siegaue über die Landesstraße hinweg, aber auch Richtung Pleistal eine ziemliche Bedeutung beigemessen. Dies war jetzt zwar auch so eingezeichnet, aber die daraus hervorgehenden Schlussfolgerungen welche konkreten Maßnahmen zur Biotopvernetzung jetzt umgesetzt werden sollen, sei nicht so rübergekommen. Vor dem Hintergrund der Ausgleichsbilanzierung in Höhe von ca. 5 Mio. Euro, man sei sehr gespannt wie der auf einem Deponiegelände zustande kommen soll. Es sei schon krass, man geht auf ein Deponiegelände, baut da was und sagt, man müsse einen ökologischen Ausgleich in Höhe von 5 Mio. Euro leisten. Da sei es fraglich, was man als Kompensationsmaßnahmen genau im Gebiet umsetzen könnte um das Ziel Biotopvernetzung zu erreichen. Man wäre dankbar, wenn die Verwaltung was sagen würde. Man habe jetzt nochmal eine Konkretisierung des Moderationsprozesses aber irgendwann müsse es ja auch mal weiter gehen. Wolle man einen Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan für das gesamte Gebiet machen, wie verträgt sich das z.B. mit dem Regionalplan usw. man muss jetzt auch mal die Grundlagen dafür schaffen, die Zeichnung in konkretes Satzungsrecht zu überführen damit dann dort gebaut werden kann.

Herr Züll von der FDP wolle nicht wiederholen, was zutreffend schon gesagt worden ist und kann nahtlos an das Anschließen was der Vorredner gesagt habe. Bei rund 10 Mio. Euro und davon die Hälfte an Ausgleichsmaßnahmen. Es habe mal jemand Photovoltaikanlagen aufgebaut und weil er da drunter den Boden zerstört hat, musste er Ausgleichsmaßnahmen machen. Hier sei Kreativität gefragt insbesondere bei der Biotopsvernetzung. Man sei jetzt einen guten Schritt weiter und habe konkrete Zahlen, was ganz wichtig ist. Bei den Bereichen die auf der Ampel rot waren, seien wir jetzt

aufgerufen jemanden zu überzeugen, damit aus rot evtl. mal grün würde oder das wir bei den gelben noch was hinkriegen was dann auch noch neu hinzu kommt und gebietsverträglich ist. Es sollte auch für die Bevölkerung verträglich sein und für alle Beteiligten was gutes bei rumkommen. Man sei guter Dinge, dass uns das mit den Beteiligten gelingen wird und der nächste Schritt wäre dann die Rücksprache mit der Landesplanung das die Regionalplanung entsprechend schon rechtzeitig eingestiegt wird, dass wir kein Zielabweichungsverfahren benötigen und man sich dann eine Gebietsabgrenzung für die FNP-Änderung vorstellt. Diese müsse ja dann nicht im ersten Aufschlag so kommen aber man solle schon deutlich machen, dass man sich jetzt regelmäßig mit diesem Gebiet im UPV befassen wird.

Herr Spahn sagte zur Hochschule müsse man vor dem Hintergrund der Flächennutzung sehen, dass es nur sehr begrenzte Möglichkeiten an der Stelle gibt. Die Entwicklung sei eben so, man habe den relativ flächigen Outdoorpark, die Dirtbike-Anlage und damit seien große Flächen schon vorweggenommen und damit habe sich das Interesse der Hochschule schon sehr reduziert. Man habe versucht die Gespräche zu führen und man habe den Eindruck gehabt, es sei nicht die Zielrichtung der Hochschule gewesen in die man da gehen wollte. Deshalb sei auch die Ampel zustande gekommen. Man habe bestimmte Bereiche aus dem landschaftsarchitektonischen Konzept übernommen, z.B. die Darstellung des Radweges sei so übernommen worden und sicherlich müsse sich über die Verkehrsführung noch mal Gedanken gemacht werden. Hier könne Frau Decking evtl. mehr zu sagen.

Frau Decking von der RSAG ergänzte, man habe auch mit der EVG Gespräche geführt. Die EVG sei momentan im Rahmen der E-Start-Initiative mit beteiligt. Man würde weiterhin regelmäßig Gespräche mit der EVG führen um sie dort mit einzubeziehen, wo sie Interesse zeigen und was leisten könnte. Beim Radweg sei der derzeitige Stand lediglich eine grobe Kennzeichnung. Auch wenn Herr Gleß sagt, man sei in die Tiefe gegangen, so sei man allerdings noch nicht in den Details so weit, das man sagen könne, der Weg wird 2,5 m breit. Dies bleibt der weiteren Planung überlassen, die dann auch hier im Ausschuss beschlossen werden muss. Man habe lediglich grobe Linien eingezeichnet, was genau auch so für die Biotopvernetzung der Fall sei. EVG und Hochschule wurden beide beteiligt und haben entsprechend kein Interesse gezeigt oder sind halt dort wo Interesse bestand auch mit einbezogen worden.

Herr Hein von der RSAG gab Herrn Metz Recht, das ein solcher Knick nicht in eine Radwegplanung gehöre. Man habe die Situation, dass man diesen Bereich an die weitere Situation Richtung Buisdorf anbinden muss. Das heißt, man hat gewisse Zwangspunkte wo man sagen muss, wie kommt man überhaupt auf das Gelände drauf und man ist noch nicht so in der Detailplanung um überhaupt sagen zu können, ob der Radweg jetzt links oder rechts her geht. Man möchte weg vom Anlieferverkehr, weil man als Radfahrer ja nicht unbedingt neben einem LKW fahren wolle und versucht schon aus Sicht des Radfahrers zu planen um möglichst eine schöne Landschaft wahrnehmen zu können. Es nicht Ziel einen Aussichtspunkt zu schaffen, den am Ende keiner nutzen würde und es folgt auch dort, in Abstimmung mit der Stadt noch eine Detailplanung. Zu den Ausgleichsaufwendungen ist zu sagen, dass das gesamte Gelände einen Rekultivierungsplan hat und man jetzt anfangs, diesen Plan zu verändern. Dieser Plan hat einen hohen Anspruch an Arten- und Naturschutz und dadurch begründen sich

schon einen erheblichen Teil der Aufwendungen. Man sei bei der Detailtiefe noch nicht so weit um sagen zu können, man könne eine genaue Punktbewertung machen. Wenn man z.B. eine Photovoltaikanlage anlegen wolle, wisse man heute noch nicht so genau, was krieche und fluechte denn noch so alles da drunter. Man arbeite aber daran, deutlich von diesem Kostenansatz runter zu kommen.

Herr Metz von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wollte wissen, ob das jetzt auch Aufwendungen seien, die auch Maßnahmen rechnerisch beinhalten, zu denen man verpflichtet wäre, wenn da sonst auch nichts passieren würde.

Herr Hein bestätigte dies und brachte als Beispiel den Bau des Radweges. Wenn man einen Radweg in 2,5 m Breite bauen möchte würde 1:1 der Ausgleich fällig.

Herr Gleß merkte an, dass die Aufwendungen, die erforderlich sind um Ausgleichsflächen zu realisieren sicherlich eine Not seien, aber es bietet die Chance zu einer besseren Vernetzung der vorhandenen Biotope zu kommen als es momentan der Fall ist. Es wird jetzt das Potential herausgearbeitet welches wir haben müssen um zu solch einer gewollten Biotopvernetzung zu kommen. In den von Herr Hein angesprochenen Rekultivierungsplan, der bereits einen landschaftsökologischen Ausgleich vorsah, greife man jetzt ein und man müsse vereinfacht gesagt, noch einen oben drauf setzen um sozusagen doppelt auszugleichen. Gleichwohl ist uns das lieber, da der alte Plan allesmögliche vorsah aber keine Möglichkeit zu einer übergeordneten Biotopvernetzung beinhaltete. Trotzdem müsse man schauen, von den immensen Kosten ein Stückweit runter zu kommen, da man das Geld auch in andere Dinge investieren könne. Zum Thema Vernetzung und das gleiche gilt für den Radweg, sei man erpicht darauf, sobald wie möglich einen solchen Radweg zu erhalten und wolle die Vernetzung mit den übergeordneten Radverkehrsnetzen realisiert wissen wollen. Dies sei eine alte aber richtige Forderung, der man sich annähern müsse.

Man habe heute die Vertiefung der Rahmenplanung auf den Tisch bekommen und die Frage sei, wie es nun weiter gehen soll. Es seien noch viele Bretter zu bohren. Der Flächennutzungsplan müsse geändert werden und es müssen Bebauungspläne aufgestellt werden. Ob es ein gesamter zusammenhängender B-Plan sein müsse, wisse man noch nicht. Möglicherweise würde man dann die Probleme an der einen Stelle mit den Problemen an anderer Stelle verknüpfen und man sei mit unterschiedlichen Verfahren besser unterwegs. Man müsse die Bezirksregierung an Bord holen und zusehen, dass man auch die landesplanerische Zustimmung nach § 20 Landesplanungsgesetz bekommt. Das steht noch aus, aber es seien auch schon Gespräche geführt worden und man würde die Vorstellungen der Stadt bzw. der RSAG dort schon kennen.

Jetzt gehe es darum nach vorne zu gehen und man habe schon vor, in der letzten UPV-Sitzung vor der Sommerpause die eine oder andere Beschlussfassung hin zu bekommen um endlich an die Umsetzung gehen zu können.

Die EVG solle sich als lokaler Player dort auch einbringen, dafür müsse ein Feld geschaffen werden, was aber als gewährleistet angesehen wird.

Wenn man jetzt versuchen wolle, andere uns wichtige Interessenten wie die Hochschule oder das Fraunhofer-Institut als Investoren zu gewinnen und man zeige ihnen das Gelände wie es jetzt besteht, dann fehle dem einen oder anderen durchaus die Fantasie für das, was man dort alles machen könne. Wenn das Gelände aber erst mal in einen

anderen Zustand gebracht worden ist, mache es durchaus Sinn nochmal die große Werberunde zu drehen. Dafür müssten allerdings erst Fakten geschaffen werden, was man gemeinsam mit der RSVG tun wolle.

Man sei sehr froh, dass das Verhältnis zwischen der RSVG und der Stadt, längst, spätestens jedoch mit der Vorstellung der Rahmenplanung in eine neue Ära überführt worden ist.

Der Ausschussvorsitzenden bedankte sich bei Herrn Gleß und den Gästen.